

## ES HAT SICH NICHT GELOHNT: KUBA 50 JAHRE NACH DER REVOLUTION

*Frank Priess*



Frank Priess ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Mexiko.

Im Januar 2009 jährt sich zum fünfzigsten Mal der Jahrestag der kubanischen Revolution. Die Bilanz fällt in jeder Hinsicht negativ aus – auch wenn das Datum Revolutionsromantiker in aller Welt beflügelt. Zudem mehren sich die Anzeichen, dass Fidel Castro – er trat bei den Feierlichkeiten weder unmittelbar noch in den audiovisuellen Medien in Erscheinung, es erschien lediglich ein einsilbiger Glückwunsch in der Parteipresse – dem Tod nahe ist. „Zum 50. Jahrestag des Triumphs gratuliere ich unserem heldenhaften Volk“ hatte in der *Granma* gestanden – mehr nicht!

Nahrung hatte dieser neuerlichen Spekulation vor allem der engste lateinamerikanische Verbündete Castros gegeben, Venezuelas Präsident Hugo Chávez: „Wir wissen“, so ließ er sich vernehmen, „dass der Fidel, der die Straßen und Dörfer seines Landes mit seinem revolutionären Auftreten und seiner Uniform durchstreift, der die Menschen umarmte, nicht zurückkehren wird. Das bleibt in der Erinnerung. Denn Fidel wird leben, wie er lebt und wie er weiterleben wird, jenseits des physischen Lebens. Er muss leben, Jahre, er weiß das. Wir brauchen dich immer noch.“

Kein Wunder, dass sofort die Spekulationen ins Kraut schossen. Will die Staatsführung eine Todesnachricht bis nach dem Abgang des Intimfeindes George W. Bush aufschieben? Sollte der 50. Jahrestag der Revolutionsfeiern abgewartet werden? Ist die Macht der „neuen“ Führung noch nicht hinrei-

**Anlass zu positiver Bilanz oder gar Triumph gibt es am 50. Jahrestag der kubanischen Revolution, mit Blick auf das in fast jeder Hinsicht nach wie vor desaströse Erscheinungsbild der Karibikinsel, nicht. Zwar erfährt die neue Führung in Havanna unter Raúl Castro derzeit eine außenpolitische Aufwertung, doch die Probleme Kubas, das unlängst noch durch drei Hurrikans schwer getroffen wurde, bleiben: Die Bevölkerungsentwicklung bereitet Sorgen, viele Menschen können ihre Grundbedürfnisse nicht stillen, das einst hochgelobte Bildungs- und Gesundheitssystem liegt am Boden. Die Machthaber in Havana selbst verfolgen ihre Gegner wie eh und je: Von 200 politischen Gefangenen ist die Rede; Menschenrechtsaktivisten, Kirchenkreise und die Opposition kämpfen für einen Wandel. Und doch konnte das Regime, das in dem US-Embargo die alleinige Ursache aller Übel der Insel sieht, bislang überleben. Heute lässt die Veränderung des politischen Rahmens durch die Wahl Obamas zum neuen US-Präsidenten hoffen. Doch ist dies nicht der Wandel auf Kuba. Das Castro-Regime selbst muss erkennen, dass es um substantielle Reformen nicht herunkommt.**

chend konsolidiert? Ob mit oder ohne Fidel: am trostlosen aktuellen Zustand seiner Insel, einem negativen Rückblick auf 50 Jahre Revolutionsgeschichte und vergleichsweise düsteren Aussichten ändert sich nichts. Schon die Revolutionsfeierlichkeiten waren mehr als zurückhaltend ausgefallen – von Triumph keine Spur. Auf Militärparaden und Massenaufmärsche wurde verzichtet, auch ausländische Staatschefs, die sich dann anschließend die Klinke in die Hand gaben, waren beim eigentlichen Festakt nicht zugegen. „Eine kleine, einsame Feier“ nannte Matthias Rüb in der FAZ den Vorgang, in deren Mittelpunkt nun der im Februar 2008 offiziell zum Präsidenten von Staats- und Ministerrat gewählte Raúl Castro stand.

### **AUSSENPOLITISCHE ERFOLGE**

Dabei muss sich Kuba derzeit so einsam gar nicht vorkommen. Einen Prestigeerfolg konnte das Land jüngst etwa bei der Serie von Gipfel-Treffen in Brasilien verzeichnen, wo es geradezu triumphal in den Kreis der Rio-Gruppe eingekehrte, einstimmig von deren Mitgliedern begrüßt. Vorbei die Zeiten der sechziger Jahre, wo bis auf Mexiko alle wichtigen Staaten die Beziehungen zu Kuba abbrachen und das Land seine Präsenz in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verlor.

Ein neuer, nicht nur diplomatischer Wind weht durch ein Lateinamerika, das sich selbstbewusst von den USA zu emanzipieren versucht und in dessen Süden nicht zuletzt Brasilien und Venezuela erfolgreich eine Führungsrolle suchen. Gerade auf Venezuela können die Castros bauen, das Land sei für Kuba längst „zur zweiten Sowjetunion geworden“, konstatierte die *Neue Zürcher Zeitung* angesichts massiver Subventionen schon Anfang 2007. Daneben hat vor allem China begonnen, die Beziehungen zu Kuba zu festigen und sich gute Ausgangspositionen beim Kampf um dessen Rohstoffe zu sichern. Zuletzt kam auch Russland nach längerer Eiszeit nach Kuba zurück, mit Wirtschaftskontakten und einem Flottenbesuch. Der Wettlauf hat noch an Geschwindigkeit gewonnen, seit in Kubas Gewässern im Golf von Mexiko größere Ölfunde realisiert wurden. Brasiliens Präsident Lula da Silva sicherte seiner Petrobras sofort umfangreiche Explorationsrechte, auch Firmen aus Kanada und Indien sind mit dabei.

Zu Beginn des Jahres 2009 hat in Kuba geradezu ein Defilee der Präsidenten lateinamerikanischer Staaten begonnen. Da-

bei mächtigen Panamas Omar Torrijos und Ekuadors Rafael Correa den Anfang. Cristina Fernandez de Kirchner aus Argentinien allerdings sagte ihren Besuch kurzfristig aus Gesundheitsgründen ab. Im Februar nun soll sich der Besuch der Chilenin Michelle Bachelet anschließen.

Auch Mexikos Präsident Felipe Calderón bereitet eine Visite auf der Insel vor. Schon am Rande der Gipfeltreffen im brasilianischen Sauípe war es erstmals seit März 2002 und dem berühmten „comes y te vas – iss was und dann geh“ von Vicente Fox an die Adresse von Fidel Castro wieder zu einer persönlichen Begegnung zwischen den Präsidenten beider Länder gekommen.

In der zweiten Dezemberwoche 2008 trafen sich zudem in Mexiko Mitglieder der Parlamente beider Länder zu ihrem 10. interparlamentarischen Meinungsaustausch. Die kubanische Delegation wurde von Parlamentspräsident Ricardo Alarcón Quesada angeführt, der meinte, die Beziehungen zum mexikanischen Parlament seien „vorzüglich, die besten, an die ich mich in langer Zeit erinnern kann“.

Bei einem kurz davor liegenden Besuch des kubanischen Außenministers Pérez Roque hatte sich sogar der Parteivorsitzende der PAN, German Martínez Cazares, für die kubanische Unterstützung bei Mexikos Bemühungen um einen nicht ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat bedankt – Menschenrechtsfragen spielten kaum eine Rolle. Schon hoffen manche in Mexiko, zwischen Kuba und den USA eine vermittelnde Rolle spielen und an die Sonderbeziehungen früherer PRI-Zeiten mit Havanna anknüpfen zu können. (Vgl. Tello Díaz 2005)

Mexiko scheint in guter Gesellschaft: Wenige Monate zuvor hatte die Europäische Union nach heftigen internen Debatten ihre ohnehin eher symbolisch-diplomatischen Sanktionen gegen Kuba aufgehoben, die nach der Inhaftierung der Protagonisten des „kubanischen Frühlings“ verhängt worden waren. Und auch in den vergangenen Jahren waren Botschaften von EU-Ländern nach und nach davon abgerückt, Dissidenten anlässlich ihrer Nationalfeiertage in ihre Botschaften einzuladen. Besonders EU-Entwicklungskommissar Louis Michel hatte zuletzt immer wieder versucht, den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen. Im Oktober 2008 schließlich besuchte er Kuba und bot EU-Unterstützung zur Linderung der Katastrophenschäden an. Auch über eine Wiederaufnahme der EU-

Entwicklungshilfeprogramme wird diskutiert, bilateral kommen erste Maßnahmen in Gang.

### **KATASTROPHALE WIRTSCHAFTSLAGE**

Angesichts einer katastrophalen Wirtschaftslage verwundert, dass Kuba sich dabei in der Position glaubt, Bedingungen stellen zu sollen.

Schwer gebeutelt wurde das Land 2008 gleich durch drei Hurrikans, die in kurzen Abständen über die Insel fegten und die ohnehin schon marode Infrastruktur trafen: Gustav, Ike und schließlich Mitte November Paloma rissen Schneisen der Verwüstung. Tausende Häuser wurden ebenso zerstört wie große Teile der Ernte – die Nahrungsmittelknappheit auf der Insel hat dramatische Ausmaße angenommen. Nach Angaben einheimischer Medien seien gerade im Osten der Insel mehr als die Hälfte der Unterkünfte irreparabel beschädigt. Auf bis zu zehn Milliarden Dollar, einem Fünftel der nationalen Wirtschaftsleistung, werden die Schäden geschätzt.

Auch die Weltwirtschaftskrise wird Kuba schwer treffen. So gehen die Preise für wichtige Exportprodukte wie Nickel dramatisch zurück, der Fremdenverkehr dürfte unter dem Ausbleiben zahlungskräftiger Kundschaft aus Europa, Kanada und den USA besonders leiden. Mit 2,35 Millionen Touristen hatte Kuba noch 2008 einen neuen Rekord verzeichnet, mit rund 40 Prozent soll der Sektor nach Schätzung zu Kubas Sozialprodukt beitragen. Zurückgehende Öleinnahmen könnten zudem Venezuela zwingen, die massive Unterstützung der Insel zu reduzieren. Mit rund 90 000 Fass Öl versorgt der Freund Hugo Chávez täglich die Insel – zu Vorzugspreisen, die einer jährlichen Subvention von rund 2,5 Milliarden Dollar entsprechen.

### **REFORMSTAU NICHT AUFGEHOBEN**

Beobachter sprechen bereits davon, dass auch der wirtschaftliche Reformelan, mit dem der 77-jährige Raúl Castro mehr rhetorisch als praktisch die Nachfolge seines fünf Jahre älteren Bruders angetreten hatte, schon wieder erlahmen könnte – zumal bekannt ist, dass Fidel solchen Maßnahmen mehr als kritisch gegenübersteht. In der „Sondersituation“ Anfang der neunziger Jahre, kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, hatte Raúl bereits einmal Änderungen ver-

sucht – Devisenfreigaben für die Verwendung von Dollar und die Eröffnung freier Bauernmärkte gehörten damals dazu. Allerdings wurde nach einer Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage vieles davon wieder kassiert bzw. durch nachhaltige Behinderung unattraktiv gemacht.

**Anfang der neunziger Jahre, kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, hatte Raúl bereits einmal Änderungen versucht – Devisenfreigaben für die Verwendung von Dollar und die Eröffnung freier Bauernmärkte gehörten damals dazu.**

Einstweilen steht eher Kosmetisches auf Raúl's Habenseite: so dürfen die Kubaner, so sie es sich denn leisten können, mittlerweile Mobiltelefone erwerben, auch der Verkauf von Unterhaltungselektronik und Computern – freien Internetzugang natürlich nicht inklusive – wurde erleichtert. Zudem ist es ihnen jetzt gestattet, in Hotels zu übernachten, die früher ausschließlich ausländischen Touristen vorbehalten waren. Seit Anfang 2009 werden private Taxilizenzen vergeben. Eine Bürokratierreform ist angekündigt.

Gerade junge Menschen bleiben skeptisch und beschreiben die Veränderungen von Fidel zu Raúl ähnlich ironisch wie die bekannte *Bloggerin* Yoani Sánchez: „Die langen Reden und die Aufrufe zu Demonstrationen fehlen. Die Telenovela fängt jetzt pünktlich an, weil Fidel das Programm mit seinen Reden nicht mehr aufhält. Es ist eine Veränderung des Stils, aber unser Leben hat das nicht beeinflusst.“

Preiskontrollen haben derweil kurzfristig zu einer weiteren Verknappung des Nahrungsmittelangebots geführt, Ansätze einer Agrarreform mit mehr Spielraum für die Privatinitiative bleiben wegen unattraktiver Konditionen stecken. Mit der Ernennung des Generals Ulises Rosales del Toro hat Raúl Castro nach einer mehr als dreijährigen Interimsperiode das Landwirtschaftsministerium an der Spitze neu besetzt und damit die Bedeutung dieses Sektors für die weitere Entwicklung Kubas unterstrichen. Derzeit führt das Land jährlich für rund 2,5 Milliarden Dollar Lebensmittel ein und kann sich nicht selbst versorgen. Der Niedergang über viele Jahre dokumentiert sich etwa im Zuckerbereich, für den es nach wie vor ein eigenes Ministerium gibt. Von einer Jahresproduktion von einstmals bis zu acht Millionen Tonnen sind heute noch etwa 1,5 Millionen übriggeblieben.

**Derzeit führt das Land jährlich für rund 2,5 Milliarden Dollar Lebensmittel ein und kann sich nicht selbst versorgen.**

Den 11,3 Millionen Einwohnern des Landes hatte Raúl Castro zudem schon zuvor harte Zeiten angekündigt. Demographi-

sche Probleme etwa zwingen das Land, das Rentenalter deutlich anzuheben. Auch werden Anreize erwogen, um die niedrige Arbeitsmoral zu verbessern – rund 180 000 Kubaner im arbeitsfähigen Alter, die nach Castros Angaben weder arbeiteten noch studierten, sondern von staatlichen Zuwendungen lebten, müssten in den Arbeitsprozess integriert werden. Privilegien für staatliche Funktionäre sollen beschnitten werden. „Niemand, weder ein Individuum noch ein Land, kann sich den Luxus erlauben, unendlich lange mehr auszugeben als es durch den Verkauf seiner Produkte und Dienstleistungen erzielt“, so die überraschende Erkenntnis des Staatsführers.

### HUNGERLÖHNE

Reformschritte sind auch auf dem Arbeitsmarkt angekündigt: statt nur moralischer Appelle soll es künftig auch materielle Anreize für Arbeiter geben, die ihrer Tätigkeit effizient und engagiert nachgehen. Der Vorsitzende des kubanischen Gewerkschaftsverbandes Central de Trabajadores de Cuba (CTC), Salvador Valdés, gab zu, dass auch die Einkommenshöhe Einfluss auf das Gewissen ausübe: „Du motivierst oder du demobilisierst“, sagte Valdés. Sektor für Sektor soll nun geprüft werden, welchen Spielraum es für entsprechende Prämien gibt. Bisher liegt das durchschnittliche Einkommen auf Kuba bei 408 kubanischen Pesos, dem Gegenwert von 17 US-Dollar.

**Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung ist mit einem Durchschnittseinkommen von 408 kubanischen Pesos kaum in der Lage, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen.**

Ein solcher Lohn erlaubt keine großen Sprünge: ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung ist damit kaum in der Lage, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen. Die monatlich über die staatliche Lebensmittelkarte zu beziehenden Nahrungsmittel reichen für die Versorgung einer Familie nicht einmal eine Woche – und diese Rationierungen gibt es nun schon fast seit Revolutionsbeginn.

Selbst wenn man, wie die offiziellen kubanischen Statistiken es ausweisen, von einem Jahres-Pro-Kopf-Einkommen der Kubaner von umgerechnet 6000 US-Dollar ausginge, läge Kuba damit in Lateinamerika nur an 21. Stelle, hinter der Dominikanischen Republik, Surinam oder Belize. Hinzu kommt, dass seit 1993 in Kuba zwei Währungen im Umlauf sind. Neben dem nationalen Peso gibt es den konvertiblen, den so genannten CUC, und nur er garantiert Einkaufsfreuden in vielen Geschäften. Von einer Art „ökonomischer Apartheid“

sprechen viele Kubaner und kämpfen für die Aufhebung dieser Trennung: „con la misma moneda – mit gleicher Münze“ heißt ihre Kampagne, die auch Unterschriftensammlungen beinhaltet.

Selbst das hochgelobte Bildungs- und Gesundheitssystem gerät mittlerweile durch den massiven Export von Ärzten und Lehrern unter Druck, mit verschiedenen Initiativen versucht das Regime, bereits Pensionierte zur Rückkehr auf ihre Arbeitsplätze zu motivieren. Die Zustände in normalen kubanischen Hospitälern sind nach Aussagen von Betroffenen katastrophal – es fehlt an allem. Desaströs, so Kuba-Experto Carmelo Mesa-Lago von der Universität Pittsburgh, sei die kubanische Wirtschaftspolitik in den vergangenen fünfzig Jahren gewesen, beeinträchtigt von „Kollektivierungen und Zentralisierungen“, von zahlreichen Strategiewechseln und der „Zerstörung persönlicher Leistungsanreize“.

Eine der ersten Personalentscheidungen Raúl Castros im April 2008 bestätigte die massiven Probleme von höchster Stelle: Erziehungsminister Luis Ignacio Gómez Gutiérrez, immerhin seit 18 Jahren an der Spitze des Erziehungsministeriums, wurde durch Ana Elsa Velázquez Cobiella ersetzt, Antwort auch auf heftige Kritik, die nicht zuletzt in den *foros populares* am Zustand des Bildungssektors geübt wurde und die ihren Niederschlag in den Medien fand. Von einem Niedergang der Qualität, von fehlenden Lehrern mit fehlender Einstellung – viele von ihnen haben seit den Krisenzeiten Anfang der neunziger Jahre ihren Beruf gewechselt oder das Land verlassen –, von fehlenden Ressourcen und einem schlechten Zustand der materiellen Ausstattung der Schulen war immer wieder die Rede.

**Von fehlenden Ressourcen und einem schlechten Zustand der materiellen Ausstattung der Schulen war immer wieder die Rede.**

Kurze Zeit später wurde bekanntgegeben, wer der Nachfolger im Erziehungsamt wird, noch dazu mit deutlich erweiterten Kompetenzen: José Ramón Fernández, eine der historischen Führungsfiguren der kubanischen Kommunisten. Er soll künftig für alle Ausbildungsniveaus auf der Insel zuständig sein, inklusive der Militärschulen. Gerade dafür bringt der jetzt 85-jährige Ex-Offizier der Batista-Armee sicher gute Voraussetzungen mit, zumal er das Amt Mitte der siebziger Jahre schon einmal bekleidete. Auch gilt der Veteran – er ist zudem stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats – als einer der engsten Weggefährten Raúl Castros.

Und das alles, obwohl Kuba für die zurückliegenden Jahre stolze Wachstumsraten vermeldet – ohne dass dies allerdings unabhängig zu überprüfen wäre. Selbst für das abgelaufene Jahr 2008 soll die Wirtschaft des Landes – trotz Hurrican-Katastrophen – noch um 4,3 Prozent gewachsen sein, statt der angepeilten acht Prozent.

### **DAUERTHEMA EMBARGO**

Die kubanische Regierungspropaganda neigt nach wie vor dazu, alle Unbilden des Landes auf das seit 47 Jahre bestehende Embargo seitens der USA zu schieben. Auch wird die Legende gepflegt, erst mit der Revolution habe die eigentliche Entwicklung Kubas begonnen – ein mit Blick auf die Fakten kaum zu haltendes Argument:

Vor 1959 nämlich gehörte Kuba durchaus zu den entwickelten Ländern des Kontinents, gerade im Vergleich zu karibischen Nachbarn. Die Auto-, Telefon- und Fernseherdichte lag höher als in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas, heute hingegen hat selbst Haiti mehr Internetanschlüsse pro Einwohner als Kuba. Laut UN-Angaben lag der Kalorienkonsum der Kubaner 1960 an dritter Stelle, heute hat sich der Konsum von Getreide, Gemüse und speziell Fleisch auf die Werte von 1940 reduziert. Die gleiche Quelle weist nach, dass Kuba bereits 1957 zu den vier lateinamerikanischen Ländern mit der höchsten Alphabetisierungsrate und der niedrigsten für die Säuglingssterblichkeit aufwarten konnte. Kuba war, so der Schriftsteller Hans Christoph Buch, deutlich „mehr als nur ein schmutziger Hinterhof der USA, Eldorado für Glücksspieler und Paradies für Sextouristen, das es heute wieder ist“. Und Bert Hofmann ergänzt mit Blick auf die kubanische Mittelschicht: „Niemand verglich sich mit Lateinamerika, sondern mit Miami oder New York.“ (2002:61)

Scharfe soziale Gegensätze waren allerdings auch schon damals die Kehrseite der Medaille. „Kuba“, so Castro-Biograph Volker Skierka, „gehörte damals zu den am meisten entwickelten Ländern der Dritten Welt, mit einem der höchsten Anteile an Dollarmillionären pro Kopf der Bevölkerung in Lateinamerika und der Karibik. Zugleich ist jedoch ein Viertel bis ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung dauerhaft arbeitslos. Besonders betroffen sind davon die Schwarzen und Mulatten.“ (2006:107)

**Kuba gehörte damals zu den am meisten entwickelten Ländern der Dritten Welt.**



## REVOLUTIONSMYTHEN

Erstaunlich bleibt in jedem Falle die Überlebensfähigkeit des kubanischen Regimes in fünf Jahrzehnten, die von massiven Brüchen und weltpolitischen Veränderungen begleitet waren. Geholfen haben dabei nach Carlos Saladrigas von der Cuba Study Group sieben Faktoren, allen voran die Sündenbockrolle der USA, eine geschlossene Ideologie, das Charisma Fidel Castros, eine effektive Repression, die komplette Desinformation und Isolation der Bevölkerung, ihre Angst vor dem Wandel, eine gespaltene Opposition und schließlich das Ventil Migration.

Müßig mittlerweile die Diskussion, ob Fidel Castro schon immer Kommunist war oder ob ihn erst realpolitische Notwendigkeiten vor der Haustür der USA dazu zwangen, sich in der Sowjetunion und im Lager des Warschauer Paktes mächtige Verbündete zu suchen – nicht zuletzt, um sein wirtschaftliches Überleben zu sichern. „Eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten“, so Brian Latell, „war unvermeidlich“ (2006:238), auch wenn die „pathologische Feindschaft“ Fidels ein Übriges getan habe.

Da konnte dann schon einmal in Kauf genommen werden, die Welt wie 1962 in der *Raketenkrise* an den Rand der nuklearen Vernichtung zu bringen. Heute zugängliche Archive offenbaren eindrucksvolle Fundstücke. Eines davon ist der Brief des damaligen Generalsekretärs der KPdSU, Nikolai Chruschtschow, vom 30. Oktober 1962 an Fidel Castro, in dem es heißt: „Sie haben uns vorgeschlagen, als erste einen nuklearen Schlag gegen das Territorium des Feindes auszuführen. Sie wissen sicherlich, was das für uns für Folgen haben würde. Dies wäre nicht nur ein einfacher Schlag, sondern der Beginn eines thermonuklearen Krieges. Lieber Genosse Fidel Castro, ich halte Ihren Vorschlag für inkorrekt.“ Und „inkorrekt“ ist dabei sicher noch eine sehr freundliche Floskel unter Bruderstaaten.

Neben dieser langjährigen Treue zum sozialistischen Lager – unvergessen Kubas Zustimmung zur sowjetischen Intervention gegen den Prager Frühling und in Afghanistan, unter offenem Verrat der Ziele der Blockfreien-Bewegung, die es zeitweise anführte – sind dieser Aspekt sowie das Sendungsbewusstsein Fidel Castros und der charismatische Aspekt der Revolution kaum zu überschätzen. Der Revolutionsexport in

Lateinamerika – unter tätiger Mithilfe des mittlerweile selbst zum Revolutionsmythos gewordenen Ernesto ‚Che‘ Guevara – und der Einsatz kubanischer Streitkräfte in den Konflikten

**Nicht zuletzt die Figur Fidel Castros selbst vermochte immer wieder öffentliche Unterstützung zu mobilisieren.**

Afrikas sind dafür beredte Beispiele. Nicht zuletzt die Figur Fidel Castros selbst vermochte immer wieder öffentliche Unterstützung zu mobilisieren – dies wird sich sicher auch die aktuelle Führung posthum ein letztes Mal in

einer grandios inszenierten Beerdigungszeremonie zunutze machen wollen, ganz im Vertrauen auf Image- und Legitimationstransfer.

Der Glanz der ersten Jahre, die Aufbruchsstimmung des Neubeginns, ist allerdings schon lange verloschen. Apathie hat sich vor allem breit gemacht; wer konnte, hat das Land verlassen. Und die, die geblieben sind, resignieren, wie der Gitarrist Pedro Luis Ferrer: „Ich will mein Land nicht verlassen, aber manchmal ist mir, als ob mein Land mich verlassen hat“, zitiert ihn Bert Hoffmann schon 2002. (172)

Wenig berücksichtigen staatliche Propaganda und unkritische Medien in aller Welt auch, dass viele andere Staaten der Region das höhere Wohlstandsniveau ihrer Bürger auch ohne eine massive Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten erreichen, ohne politische Gefangene und ohne Zensur, die Kuba, so Andrés Oppenheimer, „zu einem enormen Kindergarten machen, [...] wo der Staat alles entscheidet“.

**Selbst das autoritäre Regime des von Castro geschassten Fulgencio Batista hat weniger Menschen das Leben gekostet als die kubanische Revolution.**

Selbst das autoritäre Regime des von Castro geschassten Fulgencio Batista, so wiederum Hans Christoph Buch, „hat weniger Menschen das Leben gekostet als die kubanische Revolution. Selbst Chiles Putschgeneral Pinochet war,

mit 3000 Toten und Verschwundenen, ein Waisenknabe im Vergleich zu Fidel Castro, der zehn- bis zwanzigmal so viele Opfer auf dem Gewissen hat – im Angolakrieg oder bei Fluchtversuchen umgekommene Kubaner nicht mitgerechnet“. Dass das Regime über Jahrzehnte zudem etwa gegen Homosexuelle und andere „sozial Abartige“ rigoros vorging, wird ebenso verschämt verschwiegen.

## **OFFENE FLANKE MENSCHENRECHTE**

Derzeit sitzen noch rund 200 politische Gefangene unter zum Teil unmenschlichen Bedingungen in kubanischen Gefängnis-

sen, einiger hat sich das Regime durch Abschiebung ins Ausland entledigt. Ihre Angehörigen, allen voran die *Damas de Blanco*, protestieren Woche für Woche für ihre Freilassung. Zugenommen hat die Zahl einschüchternder kurzfristiger Verhaftungen, zum Beispiel im Vorfeld von für die Menschenrechte relevanten Jahrestagen. Trotz der jüngst erfolgten Zeichnung verschiedener UN-Menschenrechtsabkommen, trotz Mitgliedschaft des Landes im UN-Menschenrechtsrat kann von Freiheit auf Kuba nicht die Rede sein. „Insgesamt“, so Hans Mathieu, „gibt es keine Anzeichen für eine politische Öffnung.“

Die demokratische Opposition versucht sich auf verschiedenen Wegen Gehör zu verschaffen. Oswaldo Paya vom christdemokratischen Movimiento Cristiano de Liberación (MCL) – Sacharov-Preisträger des Europäischen Parlaments und Initiator des *Varela-Projekts*, setzt weiter auf verfassungskonforme Artikulation, die einen breiten Konsens in Kuba erreichen und alle politischen Strömungen einschließen soll. Andere Mitgliedsparteien des christdemokratischen Dachverbandes ODCA (Organización Demócrata Cristiana de América), so etwa die PDC, schließen in diesen Konsens ausdrücklich auch das Exil ein. Im *Consenso Cubano* haben sie ein breites Bündnis gebildet.

Andere, wie Gisela Delgado, wollen erst einmal die „geistige Armut“ im Lande bekämpfen und den Menschen Zugang zu anregenden Quellen verschaffen. Über unabhängige Bibliotheken und Lesezirkel sowie Literaturwettbewerbe versuchen sie, in Kuba nicht allgemein zugänglichen Lesestoff zu verbreiten bzw. eine unabhängige Eigenproduktion zu stimulieren. Vorwiegend junge Menschen – einige haben für ihr Engagement schon mit Gefängnisaufenthalten bezahlt – kämpfen für die Wiedereinführung der Hochschulautonomie und unabhängige Universitäten.

Kritische Stimmen gibt es auch in der katholischen Kirche, auch wenn die Amtskirche aus Gründen des Überlebens an einem guten Verhältnis mit den Machthabern interessiert ist und die unmittelbar geistliche Arbeit in den Vordergrund stellt. So konnte die neue Führung unter Raúl Castro als ersten Besucher nach dem Amtswechsel ausgerechnet den Außenminister des Vatikan, Kardinal Tarcisio Bertone auf der Insel begrüßen. Die Reise fand in Erinnerung des Besuchs von Papst Johannes

**Kritische Stimmen gibt es auch in der katholischen Kirche.**

Paul II. vor zehn Jahren statt. Als besondere Geste kann es betrachtet werden, dass das kubanische Fernsehen die erste Messe Bertonis direkt übertrug. Auch weitere Stationen der Reise Bertonis haben einen hohen Symbolwert, etwa die Einweihung eines Denkmals für den polnischen Papst in Santa Clara, wo bisher nur Che Guevara verehrt wurde. In Kuba verfügt die katholische Kirche über acht Diözesen, 523 Pfarreien und zwei Priesterseminare. 1200 Priester und Diakone sind auf der Insel tätig. Erreichen wollte Bertoni mit seinem Besuch auch die Zustimmung der kubanischen Regierung für den Einsatz von mehr ausländischen Priestern, ebenso den Bau neuer Gotteshäuser und den Zugang zum Erziehungssystem. Die kirchlichen Schulen waren 1961 ebenso wie das gesamte Erziehungswesen verstaatlicht worden. Auch einen Zugang zu den Gefängnissen und die Möglichkeit zur geistlichen Betreuung der Gefangenen erhofft sich die Kirche.

Wieder andere, wie der Menschenrechtsaktivist Darsi Ferrer, versuchen in ihren angestammten Berufen als Arzt oder über konkrete Sozialarbeit die Lage der Menschen zu verbessern. Auch versucht er, über ein regelmäßig erhobenes Umfrageinstrument, das *Cuba-barómetro*, die wirkliche Stimmungslage auf der Insel zu erheben. Hier zeigt sich dann auch schnell die Differenz zu den geschönten offiziellen Sprachregelungen.

Insgesamt bleibt die artikulierte Opposition aber schwach, aus unterschiedlichen Gründen: „Generell ist sie“, so Haroldo

**Die Mehrheit der Bevölkerung flüchtet sich in eine Unzahl sozialer Praktiken des Überlebens.**

Dilla Alfonso, „minoritär, isoliert und nicht mit den richtigen Themen verbunden. Die Mehrheit der Bevölkerung flüchtet sich in eine Unzahl sozialer Praktiken des Überlebens und der Simulation, die offensichtlich das Funktionieren des Systems unterminieren, aber nicht entscheidend herausfordern“. (2008:39) Das muss allerdings nichts heißen. „Unter der Oberfläche“, so Volker Skierka, „scheint Aufbruchstimmung zu herrschen – aber eine andere, als dem Apparat lieb ist. ‚Der Tod eines Regimes‘, schreibt der amerikanische Soziologe Irving L. Horowitz, ‚kündigt sich manchmal durch dramatische Ereignisse an: durch Aufstände der Massen von unten oder durch einen Königsmord von oben. Aber [...] im Fall von Fidel zeigt er sich durch die Erschöpfung der Ideologie.“ (2006:493)

## EIN FEINDBILD KOMMT ABHANDEN

Mit der Amtsübernahme von Barack Obama in den USA könnte der kubanischen Führung zudem ein zentrales Feindbild abhanden kommen. „Unverzüglich werde ich Reisen auf die Insel und Überweisungen aus familiären Gründen ohne jede Restriktion erlauben“, hatte der neugewählte Präsident noch während des Wahlkampfs am 23. Mai 2008 in Miami angekündigt. Nach der bisherigen Regelung können Exilkubaner nur einmal alle drei Jahre auf die Insel reisen und pro Jahr maximal 1200 US-Dollar überweisen – und auch das nur, wenn sie Familienangehörige in direkter Linie begünstigen.

Hinzu kommt ein symbolischer Faktor: gerade für junge Schwarze auf Kuba, die trotz aller offiziellen Bekundungen eben nicht von Chancengleichheit profitieren, ist die Wahl Obamas eine Sensation und mit vielen eigenen Hoffnungen verbunden.

Die neue Außenministerin Hillary Clinton kündigte einen pragmatischen Kurs an. In den USA wird Kuba überdies immer weniger als Bedrohung gesehen – eher als historisches Ärgernis. „Die einzige Gefahr für die nationale Sicherheit der USA“, so etwa Mitt Romney, „die von Kuba ausgeht, ist ein interner Kontrollverlust, der zu einem Massenexodus führt.“ Eine Sorge, die angesichts früherer Flüchtlingswellen nicht ganz unbegründet erscheint und in anderen Anrainerstaaten der Karibik geteilt wird. Aus Havanna kommen gegenüber der neuen Führung Signale der Annäherung. Er wäre durchaus bereit, so Raúl Castro, sich mit Barack Obama zu treffen, um über eine Normalisierung der Beziehungen zu reden.

Die bisherige US-Politik jedenfalls, so Carlos Saladrigas, die im Wesentlichen von exil-kubanischen Unternehmern getragen worden sei, habe versagt und erheblich zur Legitimation Fidel Castros beigetragen. Ferner habe sie zur Delegitimierung der inneren Opposition beigetragen, die nun in Übergangszeiten sogar eine Art neuen „Vertrag von Paris“ befürchte, in dem wie schon im kubanischen Unabhängigkeitskampf letztlich über ihre Köpfe hinweg entschieden werde. Allerdings seien auch Lateinamerika und Europa mit ihrer Kuba-Politik nicht erfolgreicher gewesen.

**Die bisherige US-Politik, so Carlos Saladrigas, die im Wesentlichen von exil-kubanischen Unternehmern getragen worden sei, habe versagt und erheblich zur Legitimation Fidel Castros beigetragen.**

Man müsse, so Saladrigas bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko, aktiv den Wandel prämiieren und die Kosten für Inmobilität hoch halten. Allerdings dürfe dies nicht auf Kosten der Bevölkerung gehen. Die USA wären seiner Ansicht nach gut beraten, wenn sie gerade Exil-Kubanern Reisen auf die Insel erlaubten, unilaterale Vorleistungen erbrächten, auf Multilateralität setzten, andere Akteure ins Boot holten und schließlich die Hand zur Versöhnung ausstreckten. Isolierung und Konfrontation seien kontraproduktiv. Dies heiße allerdings nicht, auf Wirtschaftssanktionen zu verzichten. Anreize allerdings seien effektiver, wie das Beispiel der Hürden für Neu-Mitglieder bei der Europäischen Union zeige, die auch erst Reform-Fortschritte vorweisen mussten, ehe sie in den Genuss begünstigter Beziehungen oder sogar der Vollmitgliedschaft kommen konnten.

Im Exil – über zwei Millionen Kubaner haben in den vergangenen fünfzig Jahren ihr Land verlassen – hat es viele Veränderungen gegeben, die im Ausland nur langsam wahrgenommen werden, nicht zuletzt generationelle. Dies zeigt sich auch am Wahlverhalten. In Florida allerdings haben 2008 noch einmal rund 65 Prozent der Kubano-Amerikaner für den republikanischen Kandidaten John McCain gestimmt. Die restlichen 35 Prozent aber reichten, um den gesamten Bundesstaat mit 51 zu 48 Prozent deutlich zu gewinnen. Seine Wähler zeigen dabei ein klares „Zukunftsprofil“: 61 Prozent von ihnen sind in den USA geboren, 65 Prozent von ihnen sind zwischen 18 und 29 Jahren alt. Die republikanische Wählerschaft hingegen stützt sich nach wie vor auf die Gruppe der über Fünfzigjährigen und das „historische Exil“.

Deutlich steigende Anteile der kubano-amerikanischen Bevölkerung unterstützen mittlerweile die Aufhebung der Reisebeschränkungen, 43 Prozent sind nach einer Umfrage der Florida International University aus dem Jahre 2007 sogar in-

zwischen für die Aufhebung des ohnehin schon lange durchlöcherten Embargos. Schon jetzt sind die USA der größte Nahrungsmittellieferant der Insel. Und die Exilkubaner tragen auch

**Schon jetzt sind die USA der größte Nahrungsmittellieferant der Insel.**

finanziell gewaltig zur Unterstützung ihrer auf der Insel verbliebenen Familienangehörigen bei: ihre *remesas* sollen mittlerweile die Summe von einer Milliarde Dollar im Jahr deutlich übersteigen.

## DIE PARTEI SOLLS RICHTEN

Seit Beginn von Fidels Krankheit und seinem Abtreten von der Vorderbühne ist es seinem Bruder Raúl immerhin gelungen, alle relevanten Sektoren der alten Nomenklatura einzubinden und etwas zu vollziehen, zu dem einstweilen der Begriff „Sukzession“ besser passt als der der „Transition“. Eine stärkere Institutionalisierung, ein Bedeutungsgewinn der Strukturen der Kommunistischen Partei und eine kollektive Absicherung seiner Führung gehören dazu. „Raúl Castro weiß, wie unrealistisch es wäre, als eine Art ‚Fidel II‘ daherzukommen“, so Bert Hoffmann: „Stattdessen hat er für sich eine andere Rolle und Form der Führung definiert, die auf alles Charismatische verzichtet: Er ist kein *Comandante en Jefe*, sondern der oberste Verwaltungskader der Nation.“ (2008:2) Erst sein Tod, so Brian Latell, würde die bisher regimetragenden Akteure gegeneinander in Stellung bringen.

Nach zwölf Jahren soll es nun aber erst einmal im Oktober 2009 wieder zu einem Kongress der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) kommen, von dem sich manche nicht nur einen Generationswechsel erhoffen. Dabei hat ein Blick auf die Auffassung verschiedener – teils vermuteter – Machtzentren – etwas von der „Kreml-Astrologie“ vergangener Sowjetzeiten, in Ermangelung wirklichen Wissens. Da stehen dann schnell so genannten *raúlistas*, deren Zentrum in den omnipräsenten Streitkräften gesehen wird, den *fidelistas* gegenüber, beharrenden Kräften um den ersten Vizepräsidenten José Ramón Machado Ventura und Altkader der Kommunistischen Partei. Irgendwo dazwischen werden jüngere Politiker wie Carlos Lage verortet, offener für Erneuerung, aber noch nicht mit unmittelbarer Entscheidungsbefugnis. Ganz sicher ist, dass ohne die Militärstruktur nichts geht: ihre Vertreter stellen nicht zuletzt einen wesentlichen Teil der Mitglieder des Politbüros, ferner kontrollieren sie schon direkt mindestens ein Drittel der kubanischen Wirtschaft.

Daran wird auch Raúl Castro nichts ändern wollen. „Raúl“, so Hans Mathieu, „ist weder ein Regime- noch ein Systemveränderer, für ihn geht es darum, den kubanischen Sozialismus zu bewahren, indem er ihn auf eine produktivere Geschäftsgrundlage stellt.“ (2008:3) Und da kommt dann die immer wieder erwähnte Transition in Richtung auf ein chinesisches oder

**Da kommt die immer wieder erwähnte Transition in Richtung auf ein chinesisches oder vietnamesisches Modell ins Spiel.**

vietnamesisches Modell ins Spiel: ökonomische Öffnung ohne politische Freiheiten, Modernisierung, aber ohne Kontrollverlust der alten Eliten.

Ob eine solche Rechnung aufgehen kann, ist mehr als fraglich. Abgesehen von den Größenunterschieden zwischen dem kubanischen und dem chinesischen Binnenmarkt, der Wettbewerbsfähigkeit, der Finanzkraft: Hätte ein stärkeres Eingehen Raúl Castros auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bürger, z.B. in Versorgungsfragen, eine eher stabilisierende Wirkung oder würde eine solche sehr partielle Öffnungs- und Reformpolitik Bewegungen auslösen, die sich dann vom Regime eben nicht mehr kontrollieren lassen und ihre Eigendynamik entfalten? Ein Blick in die Zeitgeschichte zeigt, dass oft nicht Instabilität Öffnung auslöst, sondern vielfach auch vorsichtige Öffnung Instabilität nach sich zieht. Gerade in Kuba hat man die unterschiedlichen Entwicklungen in der Sowjetunion der Ära Gorbatschow/Jeltzin und in China sehr aufmerksam verfolgt. Sehr viel dürfte davon abhängen, ob die Maßnahmen ausreichen, bei den Menschen auf Kuba zumindest eine Hoffnung auf Besserung ihrer Lebensverhältnisse auszulösen, gegebenenfalls auch innerhalb des bestehenden Systems. Bisher tun sie das nicht.

Aber auch die Angst vor Veränderungen, vor aussichtslosem Wettbewerb mit besser darauf vorbereiteten Menschen und Firmen von außen scheinen bisher stabilisierend gewirkt zu haben, zumal sich viele Kubaner, die als kritische Masse für Veränderungen hätten wirken können, dem System bereits durch Ausreise und Flucht entzogen haben, zu Hunderttausenden in den vergangenen Jahren. Andererseits: wäre ein Transitionsszenario, das auf die bisherigen Träger des Systems komplett verzichtet und ausschließlich auf eine fragmentierte und schwach erscheinende interne Opposition setzt, realistisch? Lässt sich ein Übergang vorstellen, der eine Mischung aus all diesen Vorstellung beinhaltet und in dem gar das Exil in Miami wirtschaftlich die Motorenrolle spielt, die die alte Bundesrepublik im Falle der deutschen Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer spielte? Viele Fragen, wenig gesicherte Antworten.

**An wirklichen strukturellen Reformen dürfte das kubanische Regime auf Dauer nicht vorbeikommen.**

An wirklichen strukturellen Reformen dürfte das kubanische Regime auf Dauer jedenfalls nicht vorbeikommen – das Risiko unliebsamer Nebenwirkungen wird man wohl in Kauf neh-



men müssen. Zu dramatisch scheint die wirtschaftliche Lage, zu unsicher das internationale Umfeld. Je länger der Versuch eines graduellen Wandels auf die lange Bank geschoben wird, desto drastischer könnten am Ende ein Übergang und das Ende der Revolutionsgeschichte ausfallen. Akteuren von außen ist da anzuraten, gerade demokratiefördernde Initiativen im Inneren Kubas solidarisch zu begleiten – sensibel im Ton, klar in der Sache.

## **BIBLIOGRAPHIE**

Hans Christoph Buch, „Die Revolution mit Sex-Appeal“, in: *Welt am Sonntag*, 28. Dezember 2008

Haroldo Dilla Alfonso, „La dirección y los límites de los cambios“, in: *Nueva Sociedad* 216, S. 36–48; julio-agosto 2008

Norberto Fuentes, *Die Autobiographie des Fidel Castro*, München 2008: dtv

Bert Hoffmann, *Kuba*, München 2/2002: Beck

Ders., „Kuba: Wohin führt die Ära Raúl?“, in: *GIGA-Focus*, Nummer 2/2008

Brian Latell, *Después de Fidel – La historia secreta del régimen de Castro y quién lo sucederá*, Bogotá 2006: Grupo Editorial Norma

Hans Mathieu, „Raúls Reformen: Führungswechsel in Kuba“, in: FES: *Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*, 18.11.2008

Andrés Oppenheimer, „Medio siglo después, Cuba no tiene mucho que mostrar“, in: *El País*, 2. Januar 2009

Maite Rico, „El naufragio cubano“, in: *El País*, 5. Januar 2009

Volver Skierka, *Fidel Castro – Eine Biographie*, Berlin 4/2006: Kindler Verlag

Carlos Tello Díaz, *El fin de una amistad – La relación de México con la Revolución cubana*, México D.F. 2005: Planeta